

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

**Localblatt für Wilsdruff.**

Altanneberg, Vorkenbain, Planenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalbe mit Sandberg, Hühndorf, Kausbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Bogen, Mohorn, Müllig-Roitzsch, Kunzig, Neufrahen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrschorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalbe, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistroppe, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Bfg. pro viergespaltene Corpusspalte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger selbst.

No. 102.

Sonnabend, den 29. August 1903.

62. Jahrg.

### Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit.

Es ist schon lange der Wunsch edler Menschenfreunde wie auch das Verlangen der ohne Schuld brotlos gewordenen Arbeiter, durch eine entsprechende Versicherung die durch Arbeitslosigkeit so schwer heimgefuhrten vor Hunger und Elend zu schützen. Genau betrachtet liegt in diesem Bestreben ja auch der Versuch, die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Invalidität folgerichtig zu ergänzen. Nachdem nun der Arbeitslosen-Versicherungs-Verein zu Leipzig vor einigen Tagen seinen Betrieb eröffnet hat, dürfte es für die Öffentlichkeit von Interesse sein, die Grundzüge dieses durchaus gemeinnützigen, politisch völlig neutralen Unternehmens kennen zu lernen. Der Verein bezweckt die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit für männliche arbeitsfähige, und mindestens seit zwei Jahren ununterbrochen in der Stadtgemeinde Leipzig wohnhafte Arbeitnehmer, deren Alter zwischen dem vollendeten 16. und dem noch nicht vollendeten 60. Lebensjahre liegt. Nur diejenigen Versicherten erlangen Anspruch auf Tagelohn bei eintretender nachweislicher unverschuldeter Arbeitslosigkeit, die mindestens 42 Wochenbeiträge pünktlich spätestens von 4 zu 4 Wochen eingezahlt haben. Es sind vier Beitragsstufen eingeführt und auf diese die verschiedenen Berufsgruppen verteilt. Bei Verteilung der Beiträge auf die Beitragsstufen ist besonders die statistisch erwiesene Höhe der Arbeitslosigkeitsgefahr aber auch die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung und die Höhe des Lohnneinkommens maßgebend gewesen. Je nach der Berufsgruppe, zu welcher der Versicherte gehört, beläuft sich der Wochenbeitrag auf 30, 40, 50 oder 60 Pfennig. Auf diese Weise glaubt der Verein zu einer rationalen Regelung der Beitragsfrage gelangt zu sein. Jede der vier Versicherungsklassen bildet auch rechnerisch für sich eine besondere Abteilung. Soweit Ueberschüsse dadurch entstanden sind, daß innerhalb einer Versicherungsklasse die gezahlten Beiträge durch die ausbezahlten Tagelöhner innerhalb eines Jahres nicht aufgebraucht werden, sind die Ueberschüsse zu Gunsten derselben Versicherungsklasse zu verwenden, oder zurückzulegen oder vorzutragen. Hierüber entscheidet der Gesamtvorstand, in dem die Interessen der Versicherten durch einen Versicherten-Ausschuß von 12 Mitgliedern und 6 Stellvertretern gewahrt werden. Eine Haftung der einen Versicherungsklasse für die andere greift also nicht Platz. Darum bleiben auch diejenigen Versicherten, welche wegen der hohen Gefahr der Arbeitslosigkeit in ihrem Berufe erhöhte Beiträge zu leisten haben, an der Benutzung der Versicherung doch immer interessiert, da ja der Verein bei kostenfreier Verwaltung und Garantieleistung ihre sämtlichen Einzahlungen nebst Zinsen im Interesse ihrer Versicherungsklasse verwendet. Bei seinen Versicherten aber, die in Ansehung ihres Lohnneinkommens nur teilweise den ihrem Risiko entsprechenden Beitragsbeitrag aufzubringen vermögen, erfolgt Ergänzung aus den Mitteln des Vereins, die er außer den Zinsen des bereits vorhandenen Stiftungskapitals weiter aus den Jahresbeiträgen der Förderer und einem jährlichen Zuschuß der Stadtgemeinde zu gewinnen hofft. Ferner ist Vorsorge getroffen worden, daß Versicherte bei längerer Mitgliedschaft wesentliche Vorteile genießen, wenn sie von Arbeitslosigkeit nicht betroffen worden sind.

### Politische Rundschau.

So wären wir denn wieder mit „verhängten Zügeln“ in den unbegrenzten Kampfbahnen der Finanz-Steuer-Debatten hineingestürzt. Ein Kavallerie-Korps kann jetzt bei den großen Wandern nicht stürmischer dem Ansturm folgen, als unser deutscher Partei-Eifer dem Rufe: Ausgleich zwischen den Finanzen des Reiches und denen der Einzelstaaten! Sofort erscheint ein Steuer-Bulle in der Phantastik der Auser im Streit, und dem deutschen Bürger wird zugelegt, daß ihm vor Schanden beinahe das Herz im Leibe stille steht. Es ist auch zur Stunde wieder so: Hohe Bier- und Tabak-Steuern werden

als selbstverständlich bezeichnet! Warum so eilig? Es führen viele Wege zum guten Ziele, und es liegt nicht das geringste Bedürfnis, geschweige denn die Notwendigkeit vor, immer von dem zu reden, welcher der unpopulärste ist. Der Durchschnitts-Deutsche kann grimmig werden, wenn er von einer neuen Bier- und Tabaksteuer hört. Und es ist ihm nicht zu verdenken, niemand will gern seine liebsten Passionen angefaßt wissen. Aber man denke einmal daran, wie immens durch die großstädtische Grundstückspekulation, z. B. in Berlin, die Lasten gerade für jede Bier-Ausschankstelle vermehren verteuert werden, daß ein Betrieb nur mit Hilfe einer Brauerei im Großen denkbar ist! Solche Geschäfte, bei welchen Unsummen verdient werden, sind gerade so wenig einer Verbilligung des beliebten Genüßmittels förderlich, wie eine Steuer; die winzige Biersteuer kommt im Gegenteil kaum in Betracht, aber sie ist nun einmal ein Projekt, das totgeschlagen, vergiftet und aufgehängt werden muß, damit es sich ganz und gar nicht mehr rühren kann. Und wenn wir nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen in Deutschland allen Anlaß haben, populäre Volkspolitik zu treiben, so tun unsere Finanz-Autoritäten im Reichs-Regiment auch wohl daran, die Bier- und Tabaksteuer auf sich beruhen zu lassen; was notwendig ist, kann auch in anderer Weise verwirklicht werden. Bei der Biersteuer kommt zudem noch der Umstand in Betracht, daß die jetzt von vielen Städten und größeren Gemeinden eingeführte kommunale Biersteuer notwendiger Weise wegfallen oder beschränkt werden müßte, wenn die Reichs-Biersteuer wesentlich erhöht werden sollte. Und dann hätten die Städte wieder einen Ausfall in ihrem städtischen Budget, und die Klagen würden dort im stärkeren Maßstabe laut werden. Gehen wir also zu dem sachgemäheren Wege über, für Reichszwecke, wenn es nötig ist, diejenigen Objekte bluten zu lassen, die es leisten können. Wenn z. B. das Reich den nordamerikanischen Petroleum-Tobackern dies Geschäft aus den Händen nähme, so würden unsere deutschen Hausfrauen ein besseres Licht, die Reichskasse den Gewinn haben, der heute Herrn Roddeker und Genossen drüben alljährlich zu Millionen die Taschen füllt. Jedenfalls wird der finanzielle Ausgleich zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zur Tatsache: es ist weder wünschenswert, noch praktisch, daß der Reichs-Finanzminister bei den einzelnen Bundesstaaten mit dem Hut in der Hand herumgeht und für die Reichskasse sammelt. Am wenigsten wird damit der neue Staatssekretär im Reichs-Schatzamt, der bisherige bayerische Ministerialdirektor Freiherr von Stengel, einverstanden sein; in ihm kommt eine bayerische Kraft-Natur unter die ersten Räte des Reiches. Das war noch nicht da, aber es schadet nichts, im Gegenteil!

Unser Kaiser, der Mittwochabend aus dem Taus nach Wilhelmshöhe bei Kassel zurückkehrte, machte dort am Donnerstag mit der Kaiserin und dem Herzog von Koburg-Gotha einen Spazierritt. Später hörte der Monarch militärische Vorträge. Die Festlichkeiten aus Anlaß der bevorstehenden Kaisermander werden heute und morgen durch große Abendessen eingeleitet, die das Kaiserpaar im Kasseler Schloß den Offizieren des 11. Armee-Korps und den bürgerlichen Behörden gibt.

Das jüngste bemerkenswerte politische Ereignis in Deutschland, der Personalwechsel im Reichsschatzamt, scheint bereits seine Wellenkreise ziehen zu wollen, denn zweifellos hängt mit diesem Vorgange die für Ende September oder Anfang Oktober angekündigte Konferenz der Finanzminister in Berlin bis zu einem gewissen Grade wenigstens zusammen. Von offizieller Seite versichert man zwar, daß es sich bei dieser Konferenz keineswegs um einschneidende Prinzipienfragen, sondern lediglich um die Frage der Bilanzierung des Reichshaushaltsetats handele. Vermutlich wird indessen hierbei doch auch das Problem der Reichsfinanzreform, zu dessen Lösung ja der neue Reichsschatzsekretär v. Stengel berufen ist, berührt werden, und man dürfte alsdann wohl bald etwas näheres über die betreffenden Pläne des nunmehrigen Leiters des Reichsfinanzwesens hören. Lebhaft gehen die Ausein-

anderesetzungen und Erörterungen über mancherlei aufgetauchte Thematata und Vorgänge der letzten Zeit weiter. Speziell im sozialdemokratischen Lager unterhält man sich immer wieder über die von den „Genossen“ der Bernsteinischen Richtung vertretene Forderung eines sozialdemokratischen Reichstagsvizepräsidenten. Die große Mehrzahl der Genossen will indessen nach wie vor von einer solchen parlamentarischen Vertretung der eigenen Partei nichts wissen, weil angeblich eine sozialistische Vertretung im Reichstagspräsidium den Grundgedanken der Sozialdemokratie widersprechen würde, eine Auffassung, die soeben erst wieder in verschiedenen sozialdemokratischen Versammlungen, welche in Berlin abgehalten wurden, zum Durchbruch gelangt ist. In Sachen wird die geplante Reform des Landtagswahlrechts fortgesetzt eifrig diskutiert, doch gehen die Anschauungen und Meinungen hierüber ziemlich weit auseinander. Ein sehr energisches Dementi der umlaufenden Pöbelgerüchte von angeblich zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler Grafen Bilow stattgehabten Auseinandersetzungen, hinsichtlich der von letzterem besprochenen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ Das offiziöse Blatt, welches die Zeitungsmittelung über solche Auseinandersetzung schon einmal als Erfindung bezeichnet hat, erklärt jetzt jene mit dürren Worten als eine Lüge! In Sachen der phantastischen „Vorwärts“-Erzählung von der Kaiserinsel nimmt jetzt das Gericht das Wort. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ ist am Donnerstag wegen der schweren Beleidigung, welche das sozialdemokratische Blatt dem Hofmarschall v. Trotha im Zusammenhang mit der Kaiserinsel-Geschichte zugefügt hatte, vom Untersuchungsrichter vernommen worden, entsprechend einem seitens des Herrn v. Trotha bei der Staatsanwaltschaft gestellten Antrages gegen den „Vorwärts“.

Die schwedende ungarische Kabinetskrisis hat auch durch die längere Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Pest ihre Lösung noch nicht gefunden. Die ungarische Krisis droht bereits lähmend auf den Gang der gemeinsamen Angelegenheiten für Oesterreich und Ungarn einzuwirken, namentlich der militärischen. So hat sich das Reichskriegsministerium genötigt gesehen, die Mannschaften des dritten Jahrganges, welche gewohnheitsmäßig nach den großen Wandern bis zum 31. Dezember dauernd beurlaubt werden, im aktiven Dienst zurückzubehalten, weil durch die nicht rechtzeitige Erledigung des Rekrutenkontingents die Ausrüstung in Ungarn nicht vorgenommen werden konnte. Gerade während des Aufenthalts des Monarchen in der ungarischen Hauptstadt ist dieselbe durch den Brand des Goldbergerischen Warenhauses zum Schauplatz einer erschütternden Katastrophe geworden; selbst jetzt weiß man noch nicht genau, wieviel Menschen bei diesem Brandunglück eigentlich ums Leben gekommen sind.

Der König und die Königin von Italien sind anlässlich der großen italienischen Herbstmanöver, welche diesmal im Venetianischen vor sich gehen, in Treviso eingetroffen. Dasselbst hat sich auch der österreichische Feldmarschall-Lieutenant v. Steueringer eingefunden, um den König Viktor Emanuel im Namen des Kaisers Franz Josef zu begrüßen. Letzterer Vorgang ist geeignet, auf die gegenwärtigen Beziehungen zwischen dem italienischen Königshofe und dem österreichischen Kaiserhofe ein recht freundliches Licht zu werfen.

Der Vesuv setzt seine in jüngster Zeit wieder begonnene unheimliche Tätigkeit fort. Am Mittwoch öffnete sich die Krateröffnung vom Jahre 1859 wieder, aus welcher eine große Lavamasse ausgeworfen wurde, die bis auf 850 m vor die Station der Drahtseilbahn gelangte. Einstweilen besteht noch keine Gefahr, doch zeigt sich die Bevölkerung der Ortschaften in der Umgebung des Besuv immerhin beunruhigt.

In Frankreich erfährt der Konflikt zwischen der Staatsgewalt und der Kirche unter dem herrschenden Regime eine weitere Verschärfung. Nachdem Ministerpräsident Combes in seiner Rede zu Saintes die Trennung der Kirche vom Staat bereits als bevorstehend angekündigt